

trauter sind, werden einzelne Beiträge, z.B. über die Rechnungslegung von Finanzunternehmen in der VR China oder ein Erfahrungsbericht über den Aufbau der Filiale einer deutschen Bank in Shanghai, trotzdem noch interessante Einblicke bieten. Ökonomen, die sich für das Finanzsystem Chinas auch unter vergleichenden Aspekten interessieren, werden bemängeln, daß der Band einen rein deskriptiven Anspruch vertritt. Theoretische Einordnungen oder Reflektionen zum Wandel des Finanzsystems der VR China werden nicht gegeben.

Doris Fischer

Thomas Heberer; Kerstin Katharina Vogel (Hrsg.): Frauen-Los!? Politische Partizipation von Frauen in Ostasien

Hamburg: LIT Verlag, 1997, 259 S.

Der Band im eleganten grau-blauen Umschlag des Zentrums für Ostasien-Pazifik-Studien der Universität Trier versammelt den Großteil der Vorträge der gleichnamigen Tagung im April 1996 in Trier. Das Konzept der Veranstalter erweist sich im einführenden ostasien-fachfremden, politikwissenschaftlichen Grundlagenreferat (Birgit Sauer) als sinnvoll, zumal der Leser so die von Thomas Heberer in seinem Beitrag angemahnte Lückenhaftigkeit der Partizipationsforschung in/über Ostasien, wie sie sich in und jenseits aller folgenden Aufsätze spiegelt, immer im Blick behält.

Die von Thomas Heberer postulierte Vergleichbarkeit einer länderübergreifenden asienspezifischen Partizipationskultur erweist sich in den Einzelanalysen jedoch als problematisch. Japan und Südkorea (Ilse Lenz, Jung Hae Hoon, Kerstin Katharina Vogel, Mae Michiko, Hong Mihee) scheinen in ihrer Partizipationsdebatte weniger asiatisch-konfuzianisch als vielmehr westlich-demokratisch geprägt: Der Frauenanteil auf politischen und Parlamentsposten ist minimal und stagniert. Frauen weichen resigniert auf ihre eigenen Möglichkeiten der Teilhabe aus, die - wie im Westen - kleinräumig, häufig kommunal ist und sich auf die frauenspezifischen, sogenannten "weichen" Themen wie Umwelt, saubere Nahrung, Kinder, Alte, soziale Netze beschränkt. Die Mehrparteiendemokratie führte bisher auch in Japan und Südkorea nicht zum verstärkten Politikzugang von Frauen. Umso wichtiger sind die Frauenorganisationen, von denen die Autorinnen einzelne vorstellen, als die einzige Lobby für mehr Frauen in der Politik. Das Spektrum der Beiträge reicht von deskriptiv zu analytisch. Gesammelt bieten die einzelnen Literaturverzeichnisse einen guten Überblick über die unterschiedlichen methodischen Herangehensweisen und die wenige in westlichen Sprachen zugängliche länderspezifische Literatur.

Anders als in Japan/ Südkorea ist in der VR China (Mechthild Leutner/Nicola Spakowski, Sabine Jakobi, Gudula Linck, Susanne Brandtstädter) politische Partizipation kein Diskursgegenstand bei Frauen oder Frauenorganisationen; Politik jenseits der Kommunistischen Partei ist tabuisiert, und das Umfeld vor allem ländlicher Frauen von der Bildung bis zu Eheschließungsfreiheit und Einkommen läßt keinen Wunsch nach mehr Teilhabe, und sei es "gesellschaftliche", aufkommen. Die Müdigkeit und Überforderung der Frauen mit Haushalt und produktiver Tätigkeit suggeriert ein absichtsvolles Muster: Geben Partei und Frauenverband den Frauen nur

mehr Aufgaben, als sie bewältigen können, dann werden sie schon nicht auf die Idee verfallen, noch mehr und anderes zu verlangen. Das Loch der nichtexistenten Partizipation verleitet bedauerlicherweise sowohl Leutner/Spakowski als auch Jakobi, ihre Aufsätze mit Allgemeinplätzen zur chinesischen Entwicklung der letzten Jahre aufzufüllen. Angesichts der begrenzten Seitenzahl lassen sich Schieflagen und Ungenauigkeiten nur schwer vermeiden. Leutner/Spakowski zitieren überdies direkt aus ihren bereits publizierten Arbeiten, so daß ein Verweis genügt hätte. Zwar ehrt sie ihr Wunsch, die chinesischen Frauen-Aktivistinnen möglichst ausführlich selbst zu Wort kommen zu lassen, jedoch ist die Reihung von Publikationen und Theorien noch keine Aussage zu sich aus der Frauendebatte heraus entwickelnder Teilhabeforderung (die es denn wohl auch nicht gibt). Jakobi zeigt in ihrem Aufsatz wenig Zutrauen zur eigenen Feldforschung. Die Ergebnisse, zu denen sie so noch kommen kann, sind allzu allgemein, wie etwa (S. 205): "*Die chinesische Frau gibt es ebensowenig wie den chinesischen Mann*".

Brandstädters sehr anregender Beitrag zeigt, daß gerade mittels sozialwissenschaftlich-ethnologischer Feldforschung in China möglicherweise noch ganz andere, informelle und indirekte Partizipationsformen von Frauen zu entdecken sein werden.

Dem Buch sind - gerade auch was die Anregung zukünftiger Forschung betrifft - viele LeserInnen und dem Frauen-Los (!) der Schwestern in Asien begleitend und dokumentierend weitere Konferenzen und Tagungsbände zum Thema zu wünschen.

Astrid Lipinsky

Eva-Maria Stolberg: Stalin und die chinesischen Kommunisten 1945-1953. Eine Studie zur Entstehungsgeschichte der sowjetisch-chinesischen Allianz vor dem Hintergrund des Kalten Krieges

Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 1997, 327 S. und 1 Karte (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa; 48)

Die Verfasserin verfolgt das Ziel, ein Kapitel in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem kommunistischen China neu zu bewerten, das die Forschung wegen der unzulänglichen Quellenlage bis vor kurzem vernachlässigt hatte: die Differenzen zwischen sowjetischen und chinesischen Kommunisten in der Zeit zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und Stalins Tod. Der Versuch einer Neubewertung erscheint plausibel angesichts dessen, daß von beiden Seiten seit geraumer Zeit neues Material zugänglich gemacht wurde. In der Volksrepublik China war es die geistige Liberalisierung nach dem Todes Mao Zedongs, die dazu führte, daß seit Anfang der achtziger Jahre in der zeithistorischen Literatur immer häufiger aus einschlägigen Akten des Parteiarchivs zitiert wurde. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in der Sowjetunion öffneten sich in den außenpolitischen Archiven Moskaus die Türen zumindest einen Spalt breit. Parallel hierzu meldeten sich auf beiden Seiten erstmals wichtige Zeitzeugen zu Wort.

Stalin hatte sich seit den zwanziger Jahren vor allem auf die Kuomintang als die stärkste politische Kraft in China gestützt und nur sie - nicht die KP Chinas - wäh-